

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, erteilt Herrn Stadtrat Humpe-Waßmuth das Wort.
Herr Humpe-Waßmuth erklärt zu folgenden Maßnahmen, die von der Ratsversammlung am 13.02.2007 beschlossen wurden:

- Ziel kommunaler Sozial- sowie Jugend- und Familienpolitik soll es sein, Hilfen für alle Zielgruppen stadtteilbezogen anzubieten. Dieses ist mit den Trägern von Angeboten in den Stadtteilen zu planen. Zu diesen Überlegungen sollen die Träger in den zuständigen Fachausschüssen angehört werden.

Hier soll die Idee, Familienzentren zu organisieren - wie sie z.B. in Nordrhein-Westfalen eingerichtet wurden - konzeptionell weiter entwickelt werden.

Dieses Thema soll schwerpunktmäßig im Jugendhilfeausschuss als zuständiger Fachausschuss behandelt werden. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss wird nachrichtlich beteiligt.

- Die Verwaltung soll prüfen, in wie weit über bestehende kommunale Strukturen (z.B. Bezirkssozialarbeit) Probleme wie z.B. Alters- und Kinderarmut aufgegriffen werden können.

Die Themen Kinder- und Altersarmut werden vom ASD bearbeitet.

Auch hier sollten die Zuständigkeiten der Fachausschüsse eindeutig geregelt sein. Das Thema Kinderarmut sollte der Jugendhilfeausschuss aufgreifen, das Thema Altersarmut der Sozial- und Gesundheitsausschuss.

- Mit den sozialen Trägern sind als erste Schritte Aktivierungshilfen für Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zu planen. Für die Umsetzung werden wie geplant 20.000 € Haushaltsmittel bereitgestellt.

Nach Verabschiedung des Haushaltes stehen hier für das jetzige und das nächste Haushaltsjahr jeweils 20.000 € für Projekte zur Verfügung, die Langzeitarbeitslose beschäftigen, die nicht länger als 3 Stunden/Tag arbeiten können. Ziel der Maßnahme ist der Übergang in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bzw. der Erwerb von Leistungsansprüchen nach dem SGB III oder SGB II.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt für die SPD-Fraktion vor, dass die Verwaltung Maßnahmeträger auffordert, Interessensbekundungen und Projektideen zur Umsetzung der Maßnahme abzugeben.

Diesem Vorschlag folgen die Ausschussmitglieder einstimmig.